

Bundesrat

Drucksache 70/12

03.02.12

Unterrichtung

durch die Europäische Kommission

Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem Beschluss des Bundesrates zum Grünbuch der Kommission: Weniger Verwaltungsaufwand für EU-Bürger - Den freien Verkehr öffentlicher Urkunden und die Anerkennung der Rechtswirkung von Personenstandsunterlagen erleichtern

KOM(2010) 747 endg.

siehe Drucksache 831/10 (Beschluss)



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 01 II 2012
K(2012) 456 endgültig

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Europäische Kommission dankt dem Deutschen Bundesrat für seine Stellungnahme zum Grünbuch „Weniger Verwaltungsaufwand für EU-Bürger – Den freien Verkehr öffentlicher Urkunden und die Anerkennung der Rechtswirkung von Personenstandsunterlagen erleichtern“ {KOM(2010) 747 endgültig}.

Die Kommission betrachtet die Stellungnahmen der nationalen Parlamente als wichtigen Beitrag zu dem Konsultationsverfahren der Europäischen Union im Rahmen des Grünbuchs.

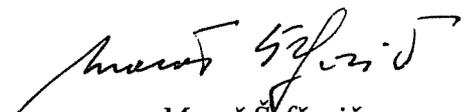
*Die öffentliche Konsultation wurde am 10. Mai 2011 abgeschlossen; die Kommission wertet nun die Ergebnisse und eingegangenen Beiträge aus. Alle Beiträge – so auch die Stellungnahme des Bundesrates – sind auf nachstehender Website abrufbar.
http://ec.europa.eu/justice/newsroom/civil/opinion/110510_en.htm.*

Die sorgfältige Auswertung und Analyse der Beiträge wird der Kommission nützliche Anhaltspunkte für die Vorbereitung möglicher Rechtssetzungsinitiativen im Sinne der Mitteilung „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger Europas - Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms“ (KOM(2010) 171) liefern.

Selbstverständlich wird die Kommission die nationalen Parlamente ordnungsgemäß über diese Initiativen unterrichten.

Ich freue mich auf eine Fortsetzung dieses fruchtbaren Informationsaustausches.

Mit freundlichen Grüßen


Maroš Šefčovič
Vizepräsident

Herrn Horst SEEHOFER
Präsident des Bundesrates
Leipziger Straße 3-4
D-10117 Berlin